

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Vhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 134

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, — Eiertageblättern 10 Goldpfennig und Porto.

Halver
Donnerstag, den 11. Juni

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In dem von der französischen Regierung veröffentlichten Bericht der militärischen Kontrollkommission befinden sich die gleichen Angaben, die in der Entwaffnungsnote an Deutschland enthalten sind. Diese ist also genau nach dem Kontrollbericht verfaßt.

* Aus den Feststellungen der Alliierten Kontrollkommission ergibt sich, daß nicht weniger als 2000 Kontrollbesuche in Deutschland stattgefunden haben.

* Reichstag und Preussischer Landtag haben ihre Sitzungen in Berlin wieder aufgenommen.

* Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde ein deutsch-nationaler Antrag, Schwarz-Weiß-Rot wieder zur Reichsflagge zu erklären, abgelehnt, dagegen ein Antrag derselben Partei, den 18. Januar als Nationalfeiertag einzusetzen, angenommen.

* Die preussische Landtagsfraktion des Zentrums faßte einen Beschluß, nach dem sie die Bemühungen um die Umbildung der preussischen Regierung fortsetzt.

Einigung auf unserem Rücken.

In Genf haben England und Frankreich sich durch die Personen ihrer Minister Chamberlain und Briand über die an Deutschland zu überreichende Note zur Sicherheitsfrage geeinigt. Die Note darüber soll in einigen Tagen nach Berlin abgehen. Über die aus Genf gemeldeten Richtlinien der Einigung wird uns von einem unterrichteten politischen Mitarbeiter geschrieben:

„Sie lachen, sie scherzen, sie machen Witze, zum Teil recht alberne. Offenbar hatten sie ein ausgezeichnetes „dinner“ eingenommen. Der französische Außenminister Briand nämlich und sein englischer Kollege Chamberlain, nachdem sie sich in Genf getroffen haben, um eine Antwort auf die deutschen Vorschläge eines Sicherheitspaktes der Westmächte endgültig fertigzustellen. Lachend und witzelnd erzählten sie den emsig hordenden Journalisten, daß man sich geeinigt habe. Und mit ein paar Scherzworten teilt Briand mit, daß die Antwort in ein paar Tagen nach Berlin abgehen werde. Und der Inhalt?

Die französische Pressagentur teilt mit, daß ein Abkommen zwischen Frankreich, England und Belgien getroffen sei, wonach jede Verletzung der territorialen und militärischen Klauseln, die die Rheingrenze garantieren, von England als Kriegsfall betrachtet wird. Also ein Schutz- und Trutzbündnis dieser drei Mächte zur Verbürgung der Rheingrenze, so wie sie der Versailler Vertrag festgelegt hat, mit der Verpflichtung für England, gegebenenfalls militärisch einzugreifen. Diese „Rheingrenze“ bedeutet an und für sich schon eine — Merkwürdigkeit: denn eine wirkliche Rhein-grenze haben wir nur am Oberlauf, nur zwischen Elsaß und Baden. Aber man versteht darunter vor allem die Entmilitarisierung der deutschen Rheinlande, also des ganzen linksrheinischen Gebietes und der rechtsrheinischen Dreißigkilometerzone. Das ist — theoretisch — deutsches Land. Und dieses deutsche Gebiet soll von Frankreich zum Operationsfeld gemacht werden dürfen, wenn seine Alliierten — Polen, Tschechoslowakei usw. — zum Opfer eines „nicht provozierten Angriffes“ würden. Von Seiten Deutschlands natürlich. Und unterstrichen muß werden: nicht Durchmarschrecht nur, sondern die Berechtigung, als Operationsfeld, also als Aufmarschgelände soll es von Frankreich benutzt werden in einem „Krieg mit Deutschland“!

Lächelnd erklärt Briand seine feste Zuversicht, daß man auf der Grundlage dieses Abkommens zu einer Einigung mit Deutschland kommen werde; daß man in der bevorstehenden Note uns „freimütig und loyal“ eine Gelegenheit geben werde, bei einem Friedensvertratte mitzuwirken, von dem er hoffe, daß es sich als äußerst solide erweisen werde. Das ist der beste Witz, den er gemacht hat: allerdings ein unschmeichlicher.

Denn dieses Übereinkommen stellt den Grundgedanken der deutschen Vorschläge — die Verständigung über die Garantie der Verhältnisse im Westen, aber auf Grund der Gleichberechtigung Deutschlands — nun einfach auf den Kopf. Denn die Artikel 42 bis 44 unterjagen ja Deutschland im Rheinland jede „ständige oder zeitweise Unterhaltung oder Ansammlung von Streitkräften, jede militärische Übung oder die Verwahrung aller ständigen Vorkehrungen für eine Mobilisierung“. All das wird Frankreich verstatet. Auf deutschem Boden!

Für die Frage der Ofgrenzen Deutschlands hat sich England im Abkommen nicht militärisch festgelegt, dafür Frankreich offiziell freie Hand erhalten, seine Beziehungen zu den dortigen Staaten nach Belieben auszugestalten. Dort gelte die Festsetzung des Versailler Vertrages, garantiert durch den Völkerbund. Nun enthält dessen Statut (Artikel 19) allerdings die Bestimmung, daß die Bundesversammlung von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unabwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Verhältnisse auffordert, „deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte“. Das ist die Grundlage zur Forderung Deutschlands, eine Revision seiner Ofgrenzen nicht von vornherein als Annahme bezeichnet zu sein, dafür noch eine Tür offen zu lassen. In dem Abkommen heißt es aber nun, daß Frankreich alle Freiheit gelassen werden soll, seinen Verpflichtungen allgemeiner Art die Form zu geben, die am besten den Interessen seiner Alliierten entspreche. Deren Interesse entspricht aber natürlich nur die unbedingte Aufrechterhaltung dieser Grenzen, und wir können uns wirklich keine Völkervbunderversammlung vorstellen, die einer deutschen Anregung auf Nachprüfung irgendwie stattgeben würde. Frankreich kann also ohne weiteres in seinen Verträgen mit jenen Staaten je des derartige deutsche Ansinnen als „unfreundliche Haltung“ festlegen lassen, die — die Vorbereitung eines Aufmarsches im Rheinland zur Kolase haben

Amerika gegen Entwaffnungsnote

Übermäßige Forderungen der Entente

New York, 9. Juni.

Nach allgemeiner amerikanischer Ansicht sind die Forderungen der Alliierten an Deutschland in der Entwaffnungsnote zu schwer und ihre Hauptwirkung werde sein, die Regelung der lebenswichtigen europäischen Probleme für geraume Zeit zu verschieben. Namentlich das Bestehen auf Zerstörung von Fabrikanlagen müßte als Sabotage aufgefaßt werden und die allgemeine Einigung erschweren. Wenn aber schließlich eine Einigung stattfände, müßte Frankreich an die Abrüstung zu Lande denken, ebenso an die Regelung seiner Schulden und deren Bezahlung.

Zweifelloso habe in Deutschland guter Wille zur Verständigung bestanden, sagen unverhohlen eine Anzahl amerikanischer Blätter. Wenn die Angelegenheit jetzt wegen der Abstreitung in den Forderungen ins Stocken gerate, so müsse man die Schuld dafür Frankreich zuschieben.

Deutsche Reparationszahlungen.

Bis 31. Mai 1925.

Die vom Beginn der Wirkung des Dawes-Planes bis zum 31. Mai gezahlte Reparationssumme beträgt etwas über 702 Millionen. Dieser Summe steht eine Einnahme von 740 Millionen gegenüber, die bis zur Höhe von 630 Millionen durch Deutschlands ausländische Anleihe und im Betrage von 100 Millionen von der deutschen Eisenbahn aufgebracht worden ist. Es verbleibt also zur Verfügung des Reparationskommissars ein Überschuß von etwas über 37 Millionen. Aus diesen 702 Millionen sind Frankreich 305,4 Millionen zugeflossen. Von dieser Summe haben aber die Besatzungstruppen, die Requisitionen, Schadenersatzleistungen und Lieferungen 66, die Lieferungen im Ruhrgebiet 26,4 Millionen verschlungen, so daß die französische Politik von den Frankreich zugeflossenen Zahlungen über 118 Millionen, also fast 40 % gekostet hat. Der Prozentsatz der für die Besatzungsarmee und die Kommissionen aufgewendeten Beträge ist für Frankreich mehr als dreimal so groß als für England. Unter den Empfängern von Sachlieferungen steht Frankreich an erster Stelle. Dem April gegenüber ist dieser Betrag von 16,9 auf 23,5 Millionen gestiegen.

2000 Kontrollbesuche.

Der Öffentlichkeit wird nunmehr der Bericht der Militärkontrollkommission übergeben, den den Alliierten für ihre Entwaffnungsnote als Unterlage gebietet hat. Der Bericht bringt nichts Neues, seine Hauptpunkte sind bereits aus der Entwaffnungsnote bekannt. Er gibt einen Abriss der für Deutschland so unwürdigen Militärkontrolle,

könnte. Denn wer „Angreifer“ ist, das soll — wieder einmal — durch Völkervbundentscheidung festgelegt werden.

Einen Witz — und zwar einen besonders albernen — leistete sich Briand in Genf noch, als er den Eintritt Deutschlands in den Völkervbund befragt; er hoffe, daß Deutschland bald durch seine Gegenwart den Völkervbund „verschönern“ werde. Der hat diese „Verschönerung“ unserer Ansicht nach überaus nötig! Aber — zunächst müssen wir die Forderung der Entwaffnungsnote erfüllen! Bloß, daß wir dieses Verschönerungsmittel abgeben sollen, ist fast als naiv zu bezeichnen. Und daß der Völkervbund bei diesem „Friedens“pakt auch noch „bedeutende Aufgaben“ zu erfüllen haben werde, ist zwar zweifellos, doch scheint diese Aufgabe lediglich darin zu bestehen, diese ungleichmäßige Behandlung Deutschlands zu sanktionieren und zu verewigen. Wir kennen ja aus langjähriger Erfahrung dieses „Genfer Milieu“, von dem Briand jetzt wieder spricht. Genöv haben Paris und London je 2 nichts dagegen, daß wir unseren Eintritt in dieses „Milieu“ vollziehen; aber wir haben allerhand dagegen. Jetzt, nach diesem Abkommen, das doch eine nur allzubedeutende Spitze gegen Deutschland trägt, von einer Gleichberechtigung oder gar Verständigung über die internationalen Probleme nicht die Spur sichtbar werden läßt, haben wir noch größere Bedenken als zuvor.

Entwaffnungsnote und dieses Abkommen, also auch die uns bevorstehende Note — sie tragen beide denselben Charakter: Deutschland ist als besiegtes Land zu behandeln; mit allen Fesseln internationaler Vertragspolitik ist es in diesem Zustand zu erhalten. Mit allen Mitteln ist es dazu zu bringen, diese Fesseln weiter zu tragen. Und das Ganze nennt man — die „Befriedung Europas“.

Sie lachten und witzelten in Genf; uns ist's nicht zum Lachen zumute. Denn die Einigung erfolgte auf unserem Rücken.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Geschäftslage der Reichsbahn.

Dem Reichstage ist der Bericht über die Lage der Reichsbahn im ersten Vierteljahr 1925 zugegangen. Danach wurden für die Zeit bis Ende Februar 1925 an Betriebseinnahmen 1668 Millionen, an Betriebsausgaben 1449 Millionen Mark festgesetzt. Dazu kommen die außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 116 Millionen und der Reparationsdienst in Höhe von 100 Millionen Mark. In dem Bericht weist die Reichsbahn darauf hin, daß die Personal-

stellen verschiedene angebliche „Verfehlungen“ fest und kommt zu dem Schluß, daß die Militärkontrolle noch beibehalten werden müsse, bis die Entwaffnung tatsächlich erreicht sei, die der Friedensvertrag vorschreibt.

Die Vorwürfe der Vertragsverletzung werden von deutscher antistischer Seite Punkt für Punkt widerlegt. Es wird hierbei betont, daß der Bericht der Militärkontrollkommission schon im Januar abgefaßt worden ist. Seitdem seien eine ganze Reihe Anstände abgestellt worden, sie stünden deshalb auch nicht mehr in der Note der Völkervbundkonferenz. Die Verschuldigung der Obstruktion deutscher Behörden gegen die Generalinspektion, wie sie in der Veröffentlichung der Kontrollkommission erhoben wird, ist schon dadurch widerlegt, daß zweitausend Kontrollbesuche vorgenommen wurden, ohne daß bekanntgeworden sei, daß sie ihren Zweck nicht erreicht hätten. Allerdings ist das Auftreten der Kontrolle von Woche zu Woche schroffer geworden, so daß man den Eindruck hatte, es werde ein Vorwand gesucht, um die Generalinspektion abbrechen zu können; wenn sie trotzdem bis zum Schluß durchgeführt worden ist, so ist das der beste Beweis gegen die behauptete Obstruktion.

Selbst in Frankreich wirkt die übertriebene Furcht, die aus der Entwaffnungsnote und dem Bericht der Kontrollkommission spricht, lächerlich. Ein bürgerliches französisches Blatt, die „Ere Nouvelle“, fragt lakonisch, wo denn die Waffen in Deutschland seien, die zu einer Aktion an der französischen Grenze notwendig sind. Im übrigen unterstreicht das Blatt, daß die Note der Alliierten nicht nur die Niederlage Deutschlands aufleben lasse, sondern abermals daran erinnere, daß die Sieger dem Besiegten eine einseitige Entwaffnung auferlegt hätten und eine Kontrolle, deren Demütigendes unmöglich nicht gefühlt werden könne.

Um das Durchmarschrecht.

Berlin, 9. Juni.

In deutschen diplomatischen Kreisen besteht bei den widersprechenden Angaben über das sog. französische Durchmarschrecht vorläufig das Bestreben, den Wortlaut der französischen und englischen Antwortnote auf den deutschen Vorschlag abzuwarten. Auch scheint die deutsche Regierung vorläufig geneigt zu sein, bis zum Eintreffen einer offiziellen Antwort an ihrem Vorschlage festzuhalten. Falls sich aber die Nachricht von dem Bestehen Frankreichs auf dem Recht des Durchmarsches durch das Rheinland bestätigen sollte, sollen alle Verhandlungen über den Sicherheitspakt in kurzer Zeit erledigt sein. Deutschland würde mit einem glatten Nein antworten.

ausgaben erheblich höher geworden sind, als sie nach dem Voranschlag erwartet wurden. Die Mehraufwendungen auf der Seite der persönlichen Ausgaben habe die Gesellschaft zunächst durch Einsparungen bei den sächlichen Ausgaben ausgeglichen. Frühergenäh zum 1. März 1925 ist die erste Halbjahrsrate von 100 Millionen Mark an den Reparationsagenten abgeführt worden.

Neue Gemälde im Präsidentenpalais.

Der Generaldirektor der staatlichen Museen in Preußen, Geheimrat v. Falke, hat mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg eine längere Besprechung gehabt. Der Reichspräsident hatte Herrn v. Falke zu sich gebeten, um mit ihm über eine anderweitige Ausstattung seiner Amtswohnung mit Bildern zu sprechen, da ihm die jetzt im Palais hängenden Gemälde nicht ganz zusagen.

Die Aufwertung der Pfandbriefe und Sparkassenguthaben.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurde die Beratung des Aufwertungsgesetzes fortgesetzt und die neue Fassung des § 6, der die Aufwertung von Ansprüchen aus Pfandbriefen behandelt, beschlossen. Nach der neuen Fassung wird bei Pfandbriefen zwischen Altschuld und neuem Besitz kein Unterschied gemacht. Zur Frage der Aufwertung von Sparkassenguthaben, deren Durchführung in den Händen der Landesbehörden liegt, wurde eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, auf eine möglichst gleiche Aufwertung der Kommunalanleihen und der Sparkassenguthaben hinzuwirken.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Luther und den Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus zum Vortrag über Wirtschaft- und handelspolitische Fragen empfangen. Später nahm der Reichspräsident den Vortrag des Reichsministers Dr. Stresemann über außenpolitische Angelegenheiten entgegen.

Berlin. Die Zentrumsfraktion des Landtages hielt eine kurze Sitzung ab, in der über die politische Lage gesprochen wurde; die Frage einer etwaigen Umbildung der preussischen Regierung wurde jedoch nicht berührt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Berlin. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat die am 18. Mai 1924 abgehaltene Vorabstimmung in Hannover, ferner die Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 in den Wahlkreisverbänden Ostpreußen und Hessen-Nassau für gültig erklärt.

Berlin. Der Barmat-Ausschuß des Reichstages schloß die Vernehmung des Zeugenkomplexes „Barmat“ ab, ohne daß neue Gesichtspunkte zutage treten würden, und beschloß.

um den 20. Juni herum die letzte Aufgabe des Ausschusses, die Klärung der Frage der Postrechte, in Angriff zu nehmen.

Wien. Reichsanwalt Dr. Schacht empfing in der deutschen Gesandtschaft Vertreter der Wiener Presse, denen gegenüber er erklärte, daß die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland naturgemäß auch die beiden Nationalbanken in einen engeren Kontakt zueinander brächten. Auf beiden Ländern lasse noch heute die ganze politische Unruhm der Welt.

Paris. Nach einer Sabasmeldung aus Fez haben französische Kriegsschiffe die beiden deutschen Schiffe „Leipzig“ und „Dormund“ in den Hoheitsgewässern von Agadir beschlagnahmt.

Deutscher Reichstag.

(69. Sitzung.)

OB. Berlin, 9. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. Henning (Völk. Freiheitspartei) die auf der Tagesordnung stehende Beratung des Reichswehretats vorläufig auszusetzen und zunächst die Militärkontrollnote der Entente zu besprechen, die tief in die Organisation der deutschen Wehrmacht eingreife.

Abg. Stetter (Komm.) unterstützte den völkischen Antrag und beantragte weiter unter heftigen Angriffen gegen die Innenminister des Reiches und Preußens die sofortige Beratung einer kommunikativen Interpellation über die Zusammenhänge der Polizei mit Kommunisten in Teltow.

Abg. Müller-Franken (Soz.) schlug unter großer Unruhe der Kommunisten-Vor, die Teltower Angelegenheit bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums zu besprechen und mit der Besprechung der Militärkontrollnote zu warten, bis am Mittwoch der Auswärtige Ausschuss Stellung genommen habe.

Die von der Völkischen und Kommunisten beantragte Änderung der Tagesordnung wurde darauf abgelehnt. Das Haus trat in die

zweite Beratung des Marineetats

ein. Dabei erklärte zuerst der Abg. Treviranus (Dntf.), daß in den maßgebenden Parteien Einmütigkeit darüber bestehe, daß die Marine dem Reich erhalten bleiben müsse. Auch in der durch den Versailler Vertrag aufgewungenen Beschränkung habe die Reichsmarine noch sehr bedeutsame Aufgaben zu erfüllen.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) meinte, die Deutschland aufgezogene Entwaffnung sollte zwar nur die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung sein. Tatsächlich verstärkten die übrigen Nationen ihre Kräfte zu Land und zur See immer mehr. Daran werde nichts durch die vielen Friedenskonferenzen geändert. Die in ihrer Quantität so geschwächte deutsche Marine sollte wenigstens in der Qualität auf der Höhe sein. Um so weniger sei es verständlich, wenn die Sozialdemokraten die verlangten fünf großen Torpedoboote und den kleinen Kreuzer ablehnten, obwohl ihre eigenen Parteigenossen, die Arbeiter in den Hafenstädten, die Bewilligung verlangten. Der Redner dankte unter allgemeiner Zustimmung den fremden Staaten, vor allem Mexiko, für die freundliche und ritterliche Aufnahme, die sie den deutschen Schiffen gewährt hätten.

Abg. Greuburg (Komm.) lehnte alle Marineforderungen ab. Die Flottenrüstungen in allen Ländern würden neue imperialistische Kriege zur Folge haben.

Abg. Moses (Soz.) erörterte die Selbstmorde in der Marine und in der Reichswehr. Seit dem Jahre 1923 seien in dieser Beziehung statt der erhofften Besserung 50% mehr Selbstmorde vorgekommen.

Abg. Schreiber (Ztr.) begrüßte die Mitwirkung der deutschen Reichsmarine an Aufgaben der wissenschaftlichen Förderung, besonders bei der Tiefseeforschung. Um die Seeres-angehörigen mit dem schweren und einsamen Dienst seelisch zu verknüpfen, müsse das Bildungswesen in Heer und Flotte gefördert und weiter ausgebildet werden.

Reichswehrminister Dr. Geßler

führte aus, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Reichswehr und Marine in jedem Jahr ein neues Gesicht bekommen. Man werde das ganze sittliche und seelische Niveau der Reichswehr und Marine heben müssen. Hierzu müsse aber auch den Offizieren und Mannschaften ein Mindestmaß wirtschaftlicher Sicherheit geboten werden. Das traurige Kapitel der Selbstmorde empfände seine Verwaltung auf ihrem Schilde als einen schwarzen Fleck, der möglichst bald verschwinden müsse. Der Hauptgrund für die steigende Zahl der Selbstmorde läge wohl in der zwangsmäßigen Verpflichtung auf zwölf Jahre. Man wolle möglichst Wandel schaffen, vor allem durch eine Verbesserung des Gerichtsdisziplinarverfahrens. Zu den Ursachen der Selbstmorde gehöre auch in vielen Fällen der Alkoholismus. Der Minister versprach, alles zu tun, um in der Selbstmordfrage Wandel zu schaffen und alle im Reichstage gebenen Anregungen allen Kommandostellen zu übermitteln.

Damit schloß die Aussprache.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurden die geforderten Neubauten, ein kleiner Kreuzer und 5 große Torpedoboote, bewilligt, ebenso der gesamte Wehretat in zweiter Beratung. Der Antrag auf Streichung des Ministergehalts wurde gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt und das Gehalt des Reichswehrministers bewilligt. Mit der gleichen Mehrheit wurde auch das Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen den Reichswehrminister abgelehnt.

Nachdem dann nach unerheblicher Debatte die Gesekentwürfe zur Vereinfachung des Militärstrafverfahrens und über Militärgerichte dem Reichsausschuss überwiesen worden waren, vertagte sich der Reichstag auf Mittwoch.

Preussischer Landtag.

(43. Sitzung.)

tt. Berlin, 9. Juni.

Der Landtag hat anlässlich des Vergewaltigungsfalles in Dorstfeld durch Telegramm sein Beileid ausgesprochen. Präsident Bartels hob hervor, daß in Zukunft mit allen Mitteln dafür gesorgt werden müsse, daß die Zahl der Vergewaltigungsfälle auf ein Mindestmaß beschränkt werde.

Die Forderung der Kommunisten, eine Reihe kommunikativer Anträge als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln, scheiterte an einem aus dem Hause erhobenen Widerspruch. Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Als erster Punkt wird behandelt die zweite Beratung des

Notetats für 1925.

Berichterstatter Abg. Ebersbach (Dntf.) berichtete über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss habe sich für Annahme des Notetats ausgesprochen.

Eine allgemeine Aussprache zum Notetat fand nicht statt. In der Einzelberatung wurden einige Einwände erhoben. Schließlich wurde der Notetatsentwurf nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter Lesung angenommen und im Anschluß daran in dritter Lesung endgültig verabschiedet. Das Haus wendet sich zur Beratung der

Annuitätenanträge

der Kommunisten und der Sozialdemokraten. Der Reichsausschuss empfiehlt die Ablehnung sämtlicher Anträge. Abg. Ebner (Komm.) beantragt mit Bezugnahme auf die Annuitätenrückverweisung der Anträge an den Ausschuss. Das Haus nimmt diesen Antrag an.

Sodann berät man über den sozialdemokratischen Antrag bezüglich Schutzes der Minderheiten auf dem Gebiete des Schulwesens.

Der Antrag wird angenommen. Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Verfassungsfragen

im Haushaltsausschuss.

Die Reichsfarben. — 18. Januar Nationalfeiertag.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages kam es am Schluß der Beratung über den Haushaltsplan des Reichsministeriums des Innern zu wichtigen Abstimmungen, die oerschiedenen Fragen der innern Politik galten.

Abgelehnt wurde ein deutschnationaler Antrag, in dem die Reichsregierung ersucht werden sollte, einen verfassungsändernden Gesetzesentwurf vorzulegen, nach dem die Reichsfarben künftig wieder schwarz-weiß-rot sein sollten. Die Ablehnung geschah mit 14 gegen 12 Stimmen. Zur Annahme dagegen gelangte ein deutschnationaler Antrag auf Aufhebung des Republiksschutzgesetzes und ein weiterer Antrag, wonach der 18. Januar zum Nationalfeiertag erklärt wird.

Ferner wird die Regierung ersucht, die Verleihung von Titeln neu zu regeln und einen allgemeinen Volkskulturtag zum Gedächtnis der im Weltkrieg Gefallenen festzulegen.

Was Krupp zerstören soll.

Schon jetzt für 103 Millionen Mark Werte vernichtet.

Die Entwaffnungsnote der Alliierten fordert bekanntlich, daß weitere Einrichtungen der Krupp-Werke der Zerstörung anheimfallen sollen.

Bis jetzt sind für die im Friedensvertrag geforderten und ausgeführten Zerstörungen und Zerstörungen bei Krupp 103 Millionen Goldmark ausgegeben worden.

Diese Summe würde sich natürlich bedeutend erhöhen, wenn den neuen Forderungen der Alliierten nach Zerstörung weiterer Fabrikeinrichtungen Folge gegeben würde. Zu diesen Forderungen gehört die Zerstörung von elf Pressen, die zur Herstellung komprimierter Explosivkörper dienen. Diese Fabrikation wird schon seit Jahren lediglich zu friedlichen Zwecken unter Aufsicht der Kontrollkommission betrieben, von der ständig eine Unterkommission auf den Krupp-Werken untergebracht ist. Die weiterhin geforderte Zerstörung von Munition auf den Krupp-Werken kann nicht gut ausgeführt werden, weil Krupp gar keine Munition mehr herstellt. Wahrscheinlich handelt es sich bei dieser Forderung der Alliierten um die Zerstörung von Grubendynamit, das vernichtet werden soll, um der deutschen Kohlenförderung Abbruch zu tun und so die deutsche Konkurrenz auszuschalten.

Ende des Deutschen Rundflugs.

Der zweite Tag der letzten Schleife.

Berlin, 9. Juni.

Zu den gemeldeten 37 Flugzeugen, die gestern zur fünften und letzten Etappe gestartet waren, gesellten sich im Laufe des Nachmittags zwei weitere Wettbewerbsmaschinen. Bis zur Dunkelheit trafen gestern 26 Maschinen auf dem Flugplatz ein. Heute in der Frühe überflogen das Zielband weitere 5 Maschinen, so daß bis dahin im ganzen 31 Rundflieger das Endziel des großen Wettbewerbs erreicht hatten. Der Verkehrlieger Polte vom Deutschen Aero-Club hatte, soweit sich das bis jetzt übersehen läßt, mit 49 Stunden 12 Minuten die kürzeste Gesamtflugdauer in den fünf Schleifen. Polte ist im In- und Auslande bekannt durch seine Russland- und Alpenüberflüge. Die Preisverteilung findet am 23. Juni statt.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 11. Juni 1925

Fronleichnam.

Lateinisch heißt das diesmal am 11. Juni in der katholischen Kirche gefeierte Fest: Festum Corporis Christi, das heißt: das Fest des Leibes Christi. Es ist dies die wörtliche Übersetzung des Wortes „Fronleichnam“, mit dem sicherlich viele nichts anzufangen wissen. Das Wort Fron oder Frohn kommt vom althochdeutschen „frono“, dem zweiten Teil (Genitiv) der Mehrzahl von „fro“, d. i. Herr. Fron heißt also „dem Herrn zugehörig, herrlich, herrschaftlich, heilig“. Man findet das Wort in vielen Zusammenhängen, z. B. Fronbote (heilig, unverletzlicher Bote), Fronfeste (öffentliches Gefängnis), Fronhof (Herrnhof), Frondienst usw. Was das Wort „Leichnam“ in Fronleichnam angeht, so ist damit die geweihte, nach der Lehre der katholischen Kirche in den Leib Jesu verwandelte Hostie gemeint. Das Fronleichnamsfest ist mithin das Fest zur Verehrung des Leibes Christi. Dieses Fest ist nicht so alt, wie man wohl glauben mag. Es wurde infolge einer Vision der Lütticher Nonne Juliana zuerst in der Diözese Lüttich gefeiert und 1264 vom Papst Urban IV. für die ganze Kirche angeordnet; allgemein eingeführt wurde es jedoch erst seit 1311. Man weiß, daß das Fronleichnamsfest, das am Donnerstag nach dem Trinitatisfeste mit prächtigen Prozessionen begangen wird, eins der größten und glänzendsten Feste der katholischen Kirche ist. Im Mittelalter gelangten am Fronleichnamsfeste geistliche Spiele, die berühmten Fronleichnamsspiele, zur Ausführung. Da das Fest seinen altüberlieferten Gesichtsfeststoff darbot, konnte man in den Fronleichnamsspielen nach Belieben geistliche Gespräche der Apostel und Propheten, Bilder aus der Passion, ja wohl gar die ganze Heilsgeschichte vorführen. Literaturkenner bekannt sind vor allem das Münchener Fronleichnamsspiel von 1479 und das Egerer Fronleichnamsspiel.

□ Zählpapiere für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung. Personen, die für die Zeit der Volks-, Berufs- und Betriebszählung (Mitte Juni) verreisen, können schon jetzt ihre Zählpapiere ausfüllen. Die Ausfüllung hat aber nach dem Stand des 16. Juni zu erfolgen und die betreffenden Personen haben sich in die Haushaltsliste als vorübergehend abwesend einzutragen. Zählpapiere sind bei den zuständigen Polizeiamt zu haben.

—* hk. Ausverkäufe. Da es sich leider nicht hat ermöglichen lassen, eine für die Dauer geltende einheitliche Regelung des Beginns der Saison- und Inventurausverkäufe für ganz Rheinland und Westfalen entsprechend den Vorschlägen der Einzelhändler schon jetzt zu treffen, hat der Regierungspräsident zu Arnsberg im Einvernehmen mit dem Herrn Regierungspräsidenten zu Düsseldorf bestimmt, daß in diesem Sommer die Saison- und Inventurausverkäufe am 1. Juli zu beginnen haben und nur für die Dauer von 3 Wochen zulässig sind.

□ Salver, 10. Juni. Wie aus dem Interatenteil ersichtlich findet in nächster Zeit hieselbst ein Steuer- aufklärungstourus an Hand einer Spezialsteuerbuchführung statt. Der Kursus kann allen Gewerbetreibenden nur bestens empfohlen werden.

& Salver, 10. Juni. Die Eheleute Bohrerfabrikant Friedrich Wilhelm Grüber und Frau Berta, geb. Klüppelberg zu Neuemühle feiern am Freitag dieser Woche, den 12. Juni, in der Festhalle auf der Carlshöhe, das

44

Herabgestiegen.

Roman von E. Sierra.

(Nachdruck verboten.)

Diese Niedberg ist die einzige Tochter von Tante Josefines ehemaligem Verlobten. Vor allen Dingen geht über meine Frau, und da du ihren Vornamen nicht kennst, bitte ich dich, sie Frau von Holstenbrun zu nennen. Der Name liegt dir vielleicht mehr.

„Du bist ja recht spitz geworden. Dein Umgangston war früher ein anderer. Aber — lassen wir das!“ Ihre Erzählung ließ unruhig die Vognette durch die Finger gleiten. Wichtigere Dinge harren der Erledigung. Du weißt wohl nicht ob irgend eine leistungswillige Verfügung vorhanden ist? Mündliche Versprechungen haben natürlich keinen Wert.“

„Es tut mir leid, dir nach dieser Richtung hin keine Auskunft geben zu können.“

„Was heißt das?“ Ihre Erzählung trat dicht an Wilms heran in mißsam beherrschter Aufregung.

„Ich habe mit Tante Josefine nie über ihre Vermögensverhältnisse gesprochen — bin also nicht orientiert.“

Mit einem erlösenden: „Ah —!“ warf ihre Erzählung den Kopf in den Nacken. „Ein Testament, in dem wir, das heißt, Annemarie und ich, zu ihren Erben eingeseht sind, existiert, das weiß ich. Josefa war in solchen Sachen ein unumgängliches Kind, und ich ihre Ratgeberin. Außer ihren kleinen Toilettenliebhabereien trieb sie keinen Luxus. Die letzte Reisezeit muß ja allerdings eine Masse gekostet haben. Aber zum Einreisezeit fehlte schließlich der Vorwand. Und wenn wir sie erst wieder glücklich in Berlin hatten — doch das gehört nicht hierher.“ Die freudige Gewißheit keine Mit-erben zu haben, hatte ihr die Zunge mehr als nötig gelöst. „Ich will deine Zeit heute nicht länger in Anspruch nehmen — nur noch eine Frage: Der Wirt erklärte mir auf mein Befragen, daß bei ihm weder Schmutz noch größere Geldbeträge deponiert seien. Josefa muß doch aber größere Mittel bei sich gehabt haben?“

Wilms zog die Brieftasche hervor und legte sie, ohne ein Wort auf den Tisch.

„A — h —! Du hast es an dich genommen?“

„Du irrst. Tante Josefine gab die Tasche meiner Frau und ließ mich durch sie bitten, ihr Verwalter zu sein. Du weißt ja wohl, daß wir hier ihre Gäste waren.“

„Was?“ Ihre Erzählung prallte einige Schritte zurück. Ungebuldig zerrte sie die Schleppse zurecht. „Ich sage ja, sie gehörte unter Kuratel. Annemarie, hast du es gehört?“

Ja, Annemarie hatte es gehört, und in ihren Augen lag dasselbe Staunen wie in denen der Frau Mama.

„Das muß ja eine horrend Summe verschluckt haben.“ Sie ergriff die Brieftasche und blätterte in den Scheinen. Das Ergebnis schien ihre Aufregung ein wenig zu befähigen und ihr: „Ich möchte wohl wissen, wie Josefa auf diese Idee kam.“ Lang mehr nachdenklich als angriffslos. Mit einem Blick auf die Tasche fügte sie noch hinzu: „Dies ist doch alles?“

Wilms suchte Ahsele. „Alles was mit Tante Josefine anvertraut hat. Ob sich in ihrer Stube noch irgendwie Wertgegenstände befinden, entzieht sich meiner Beurteilung — Du gestattest wohl, daß ich mich empfehle. Ich möchte meine Frau nicht unnötig warten lassen. Der Tod unserer lieben Tante hat sie sehr angegriffen. Es tut mir leid, sie Euch nicht mehr vorstellen zu können, aber wir werden morgen früh abreisen.“

Ein erstaunter Blick flog zu Wilms hinüber: „Morgen früh kommt mein Schwiegersohn — du weißt es ja wohl, daß sich Annemarie mit Herrn von Bracht verlobt hat — und er wird mir dann zur Seite stehen und all die Anordnungen treffen, die für Frauen etwas schwer zu erledigen sind.“

Mit einem Lächeln höflichen Triumphs sah sie Wilms nach, als sich dieser ohne ein weiteres Wort mit förmlicher Verbeugung empfahl.

Wilms erkaunte sehr, als ihm am nächsten Morgen mitten in den Vorbereitungen zur Abreise Herr von Bracht in seinem Zimmer aufsuchte.

Er kam unter dem Vorwand, sein herzlichstes Beileid über den traurigen Verlust auszusprechen zu wollen. Aber man merkte, daß er nach einer Tür suchte, die ihm Wilms Reserve verschlossen hielt. Erst als dieser mit einer nicht mißzuverstehenden Deutlichkeit die Uhr zog, bekannte er, nach einer einleitenden Vorbereitung über alle Kameradschaft und langjährige Freundschaft, Farbe.

„Meine Schwiegermutter hat mich von heute auf morgen hierher zitiert — mit einer Plötzlichkeit, die es mir nicht ermöglichte, Geld flüssig zu machen. Um offen zu sein: Ich muß sagen, daß diese unerwartete Reise mich arg in die Klemme gebracht hat — ich sitze ganz auf dem Trocknen.“

„Nun, da wäre wohl meine Tante die Nächste, um Ihnen die gebührenden Auslagen zu ersetzen. Ich persönlich bin Ihnen, und jetzt auch meiner Tante so entstehend, daß ich keine Veranlassung sehe —“

„Ja, ja, lieber Kamerad — Sie haben sehr recht — aber — die Sache liegt doch etwas anders —. Meine Schwiegermutter ist gerade in diesem Punkt ein wenig mißtraulich. Wenn ich ihr meine momentane Verlegenheit mitteile, würde sie vielleicht Entschuldigungen einziehen, die — — ah — ah —? — er lachte verlegen und sah mit den Fingern in den steifen Halsstragen. — die ich aus verschiedenen Gründen vermeiden zu sehen wünschte. Ich habe große Verluste gehabt —“

„Es tut mir leid, Herr von Bracht. Wenn ich auch wollte, so wäre ich nicht einmal in der Lage, Ihnen auszuhelfen zu können.“

„Nun, nun, nun — meine Schwiegermutter sagte mir doch, daß Sie der Vermögensverwalter Ihrer reichen Tante gewesen seien, mit ihr, sozusagen, in — ah — ah — Gütergemeinschaft gelebt haben.“

Wilms ging zur Tür und öffnete sie. „Bitte, sprechen Sie nicht weiter, Herr von Bracht, es würde für beide Teile nur Unverständliches herauskommen. Ich möchte Ihnen zum Schluß nur noch die Glückwünsche zu Ihrer Verlobung mit auf den Weg geben, die ich zuerst auszusprechen vergaß, und zu der ich jetzt eine Berechtigung zu haben glaube. Ich gehe doch wohl nicht fehl in der Annahme, daß meine Tante um diesen Ihren Retrospektivritt weiß. Und ich gebe Ihnen offen die beruhigende Versicherung, daß an meinen Händen kein fremdes Geld fließt.“

Mit der Beteuerung, daß Wilms Vermutung jeder Tatsächlichkeit entbehre, zog sich Herr von Bracht zurück.

Wilms sah ihm nach: „Arme Tante Josefine — darum hast du dein ganzes Leben lang geipart.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Das Zentrum zur Regierungsumbildung in Preußen

Berlin, 9. Juni. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat sich in ihrer Sitzung vom 9. Juni mit der Frage der Umbildung der Regierung in Preußen im besonderen befaßt. Nach einem von der Zentrumsfraktion herausgegebenen Bericht stellt die Fraktion fest, daß sie so gleich nach der letzten Abstimmung über das Kabinett Braun in Verhandlungen über die Verbreiterung der politischen Basis des Kabinetts eingetreten ist und die Besprechungen nach rechts wie nach links mit allem Nachdruck fortgeführt hat. Die Zentrumsfraktion wird auch weiterhin alles, was in ihren Kräften steht, versuchen, um diese Frage einer Lösung entgegenzuführen, die dem Interesse des Staates dient und das Parlament zu positiver Arbeit befähigt.

Major v. Stöckel gerechtfertigt.

Berlin, 9. Juni. Das Reichsgericht hat den Major v. Stöckel, der vom belgischen Kriegsgericht wegen Erschießung mehrerer Belgier im Weltkrieg zum Tode verurteilt worden war, außer Verfolgung gesetzt. Es wurde festgestellt, daß die Erschießungen vorher auf die deutschen Truppen geschossen hatten.

Die Sanierung Ungarns.

Genf, 9. Juni. Der Völkerverbundrat genehmigte heute die Beschlüsse der beiden Natschüsse für Ungarn und für Österreich. In der vom Rat gefassten Entscheidung über das Sanierungswort in Ungarn wird festgestellt, daß infolge rigoroser Steuermaßnahmen der erste Jahresabschluß des ungarischen Haushalts auf den 1. Juni 1925 an Stelle eines vorgesehenen Defizits von 100 Millionen Goldkronen einen erheblichen Überschuß aufweist und daß der Vorschlag für 1926 ebenfalls im Gleichgewicht ist. Des weiteren wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bemühungen Ungarns und der anderen interessierten Staaten in den Verhandlungen über die Handelsverträge und der Abbau der Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr weitere Fortschritte machen.

Danzig deutsch bis aufs Mark.

London, 9. Juni. In einem Danziger Bericht führt „Westminster Gazette“ zur Korridorfrage folgendes aus: Danzig sei deutsch bis aufs Mark. Danzig wolle eine absolute Garantie seiner Unabhängigkeit oder noch besser, es wolle wieder mit Deutschland vereinigt sein. Polen dagegen würde Danzig gerne annektieren. Das polnisch-Danziger Problem sei drohender als jedes andere im Westen.

Wachsende Gärung in China

London, 9. Juni. Die Blätter berichten weiter eingehend über die ernste Lage in China. „Times“ meldet aus Schanghai, die Anzeichen mehrten sich, daß die Unruhen weitere Provinzen in Mitleidenschaft ziehen. Die Stimmung in Honan sei gereizt, die Lage der dortigen Ausländer verunsicherte. „Daily Telegraph“ berichtet aus Tokio, daß maßgebenden Berichten zufolge China von Kanton bis Peking und von Szechuan bis zur Mündung des Jangtsekiang gäre. Eine Meldung der „Associated Press“, wonach Kutschera demnächst beabsichtige, sich die Kontrolle Chinas zu sichern, habe zu wichtigen privaten Konferenzen an hoher japanischer Stelle geführt. Nach der in der japanischen Hauptstadt vertretenen Ansicht könne keine Augenblick gezwungen werden, daß ein Abkommen besteht, unter dem die Hauptinteressen Japans, Russlands und Peking nach einer unvermeidlichen Periode des Chaos, bei der Japan der größte unmittelbare Verlierer sein werde, sichergestellt werden. Von hoher Seite verlautete, daß die Entwicklung in den nächsten sechs Monaten den Beginn einer vollkommen neuen Ära im Fernen Osten bedeuten werde. In der Lage des Streites in Schanghai ist infolgedessen eine neue Entwicklung eingetreten, als sich die chinesischen Seelenente entschlossen haben, sich der Bewegung anzuschließen.

9 Personen bei einem Eisenbahnunfall getötet.

London, 9. Juni. Bei einem Eisenbahnunfall in

der Nähe von Smyrna in Australien wurden 9 Personen getötet, 40 verletzt.

Deutscher Sprachunterricht in Bulgarien.

Sofia, 9. Juni. Das bulgarische Kultusministerium beschloß die obligatorische Einführung des deutschen Sprachunterrichts in allen Schulen Bulgariens.

Deutsche Verteidiger in einem bulgarischen Mordprozess.

Sofia, 9. Juni. Die Berliner Rechtsanwälte Dr. Rosenfeld und Dr. Brandt sind hier eingetroffen. Sie haben die Verteidigung des seit zwei Jahren in Untersuchungshaft befindlichen Sekretärs der kommunistischen Partei Christo Stabatschew übernommen. Im ganzen sind über 600 Zeugen geladen.

„Z. N. 3“ in Sicherheit.

Neuhof, 9. Juni. Nach zwölfstündigem Kreuzzug über dem Landungsplatz und Ablassen von 150.000 Kubikfuß Heliumgas gelang es beim 23. Versuch, den „Z. N. 3“ zu landen. Der Benzinvorrat war fast völlig aufgebraucht, so daß für die Landung höchste Zeit war. Die Maschinen sollen jetzt gründlich überholt werden, bevor „Z. N. 3“ die Fahrt nach St. Paul antritt.

Arbeiter und Angestellte.

Duisburg. (Der Schiedsspruch im Lohnstreit für das rheinisch-westfälische Transportgewerbe abgelehnt.) Wie der Verkehrsverband mitteilt, hat in Dortmund eine Abordnung der Transport- und Speditionsarbeiter, der Kraftarbeiter und Fuhrleute einstimmig beschlossen, den im Lohnstreit für das rheinisch-westfälische Transport- und Speditionsgewerbe ergangenen Schiedsspruch vom 28. Mai abzulehnen. Es sollen überall Urabstimmungen über den Eintritt in den Streik stattfinden.

Kattowitz. (Arbeiterentlassungen in Polnisch-Oberschlesien.) Die Arbeiterentlassungen in Polnisch-Oberschlesien nahmen ihren Fortgang. Auf einer Reihe von Gruben trägt man sich mit dem Gedanken, nicht weniger als ein Drittel der Belegschaften zu entlassen, obwohl sie gegenüber dem Friedensstand schon erheblich verringert worden sind.

Wien. (Trostlose Lage des Arbeitsmarktes.) Die Massenarbeitslosigkeit ist in Wien keine vorübergehende Erscheinung mehr, daher ist es kein Wunder, daß die Zahl der Arbeitslosen in Wien von Mitte bis Ende Mai von 72.522 nur auf 70.722 zurückgegangen ist. Die Industrie Deutsch-Osterreichs, die für ein Reich von 50 Millionen produziert hatte, ist jetzt auf ein Land von sechs Millionen Menschen angewiesen, 1/3 des früheren Absatzgebietes sind durch Hochschuttschälle für die Industrie Deutsch-Osterreichs gesperrt.

Spiel und Sport.

Sp. Das österreichische Derby. Beim österreichischen Derby, das vor 20.000 Zuschauern und in Anwesenheit des Bundeskanzlers in der Freudenau bei Wien zur Entscheidung kam, liefen 13 Pferde. Es siegte Graf Anton Apponyi Hengst Cirocco.

Sp. Schluß des Marienbader Schachturniers. Das Marienbader Schachturnier ist zu Ende. Den ersten und zweiten Preis teilen Rubinstein und Nimzowitsch, die es auf je 11 Zähler gebracht haben. Den dritten und vierten Preis teilen Marshall und Torre mit je 10 Zählern. Der fünfte und sechste Preis werden gleichfalls geteilt, und zwar zwischen Réti und Tartakower (je 9 1/2 Zähler).

Sp. Vom Gordon-Bennett-Flug. Von den achtzehn Ballons, die in Brüssel zur Teilnahme an dem Gordon-Bennett-Flug aufgestiegen sind, sind nach den letzten Meldungen dreizehn niedergegangen. Nach den vorläufigen Feststellungen hat der italienische Ballon „Campino“ die weiteste Strecke, 580 Kilometer, zurückgelegt.

Börse und Handel.

Antliche Berliner Notierungen vom 9. Juni.

* Börsenbericht. Die Börse begann in sehr schwacher Haltung. Obwohl die Banken in erheblichem Umfange intervenierten, gelang es nicht, das Kursniveau zu halten. Merke! Gerüchte schwirrten durch die Luft, daß man sich auf den Einbruch der Stimmstimmung jeden Tag einen anderen Konzern in Schwierigkeiten wissen will. Diesmal sollte ein großer Montanonzern des Saargebietes schwach geworden sein; es kann jedoch mit ziemlicher Bestimmtheit gesagt werden, daß es sich bei diesen Gerüchten um leeres Gerede handelt. Zum Schluß der Börse traten geringe Kursrückholungen ein, da die Spekulation Deckungen vornahm und die Verkäufe teilweise aufhörten. Auf dem offenen Geldmarkt haben sich die Verhältnisse weiter erleichtert. Der Satz für tägliches Geld ging auf 7,50–9,50 % zurück, der Satz für Monatsgeld stellte sich wie bisher auf 9,50–11,50 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19–4,20; engl. Pfund 20,38 bis 20,43; holl. Gulden 168,59–169,01; Danzig 80,87 bis 81,07; franz. Franc 20,55–20,61; belg. Franc 20,17 bis 20,23; schweiz. Franc 81,31–81,51; Italien 16,71 bis 16,75; schwed. Krone 112,24–112,52; dän. 78,92–79,12; norweg. 70,46–70,64; tschech. 12,42–12,46.

* Butterpreise. 1. Qualität je Zentner 157 Mark, 2. Qualität 140 Mark, abfallende Sorten 120 Mark. Tendenz: stetig.

* Rohstoffpreise. Roggenstroh (Quadratballen) 1 bis 1,40, drabig. Roggenstroh (Quadratballen) 0,85–1,15, drabig. Weizenstroh (Quadratballen) 0,90–1,25. Roggen-Langstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 1,30–1,70, bind. fadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1–1,30, handelsfähig. Heu, ged. und trocken, nicht über 30 % Befehl mit minderwertigen Gräsern 2,30–2,75, gutes Heu, desgl. nicht über 10 % Befehl 3,20–3,60. Misch-Heu, lose 1,70–2,30. Kleeheu lose 4,20–5. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab marktlichen Stationen, frei Wagon, für 50 Kilogramm in Reichsmark.

* Ende der oberösterreichischen Kontingente. Die Bestimmungen des Verfallers Vertrages und des am 15. Mai 1922 in Genf beschlossenen deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien, betreffend die zollfreie Einfuhr gewisser oberösterreichischer Erzeugnisse (Kontingentswaren) treten mit Ablauf des 14. Juni 1925 außer Kraft. Waren der genannten Art, die nach diesem Zeitpunkt zur zollamtlichen Schlußabfertigung gestellt werden, haben beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen (Ursprungsbescheinigung u. dgl.) nur dann Anspruch auf zollfreie Abfertigung, wenn einwandfrei nachgewiesen wird, daß sie die Grenze vor Ablauf der erwähnten Frist (14. Juni 1925, nachts 12 Uhr) überschritten haben.

* Produktbörse. Getreide und Ölsaaten per 100 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	9. 6.	8. 6.		9. 6.	8. 6.
Weiz., märk.	262-268	265-268	Weizf. i. Br.	13,8	13,8
pommerscher	—	—	Roggl. i. Br.	14,1-14,2	14,1-14,2
Waga., märk.	216-220	216-220	Kaps	—	—
pommerscher	—	—	Leinfaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vitor. Erbs.	23-28	23-28
Futtergerste	200-218	200-218	fl. Speiserbs.	22-26	22-26
Braugerste	226-242	226-242	Futtererbsen	20-22	20-21
Hafer, märk.	236-244	236-244	Peluschken	19-21	19-20
pommerscher	—	—	Widerbohnen	20-21	19-21
westpreuß.	—	—	Widen	20,5-24	20,5-25
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	10-11	10-11
v. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	12,5-14	12-14
Wln. br. infl.	—	—	Seraballa	—	—
Sad (feinf.)	—	—	Kapstuden	15,2-15,6	15,2-15,6
Mrt. u. Rot.	34-36,5	34-36,5	Leinfuchen	22,4-22,8	22,4-22,8
Roggenmehl	—	—	Trockenschl.	10	10
v. 100 Kil. fr.	—	—	W. Buchsch.	—	—
Berlin br.	—	—	Torsum. 30/70	9,7-10	9,7-10
infl. Sad	29,7-31,7	29,7-31,7	Kartoffelschl.	19,2-19,5	19,2-19,5

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Danksagung.

Allen, die uns ihre herzliche Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen bewiesen haben, sagen wir hiermit herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

Familie Ernst Schluck.

Lüdenscheid, im Juni 1925.

Allg. Ortskrankenkass. Gemeinde Halver Allg. Ortskrankenkass. der Gemeinden Schalksmühle und Hülscheid.

Die Wahl zu den Vertretern der Ausschüsse finden statt am Samstag, den 25. Juni 1925 in Halver von 9–6 Uhr im Rassenlokal, in Schalksmühle von 9–6 Uhr im Hotel Müller.

Es sind zu wählen:

für Halver: 15 Vertreter der Arbeitgeber, 30 Vertreter der Versicherten, sowie 15 bezw. 30 Ersatzmänner.

für Schalksmühle: 7 Vertreter der Arbeitgeber, 14 Vertreter der Versicherten, sowie 14 bezw. 28 Ersatzmänner.

Wahlvorschläge sind bis spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag bei den Vorsitzenden der Vorstände einzureichen. Nach dieser Frist eingehende Wahlvorschläge bleiben unberücksichtigt. Die Stimmabgabe ist an die vorschristsmäßig eingereichten Vorschläge gebunden. Die Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung in den Rassenlokalen eingelesen werden.

Die Mitgliederverzeichnisse liegen zur Einsicht in den Rassenlokalen offen. Etwasige Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus den Arbeitgeber und Mitgliederverzeichnissen ergebenden Wahl und Stimmberechtigung sind zur Vermeidung des Ausschusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Anführung von Beweismitteln bei den Vorständen einzulegen.

Die Wähler haben sich den Wahlausschüssen gegenüber auf Verlangen über ihre Person auszuweisen.

Im übrigen wird auf die der Satzung anhängende Wahlordnung verwiesen.

Halver, den 9. Juni 1925.

Schalksmühle,

Die Vorstände:

gez.: Werner Lüsebrink, gez.: Ernst Paris
Vorstandender, Vorstandender.

Wichtig für Handwerker und Gewerbetreibende!

Für sämtliche Handwerker und Gewerbetreibende findet in nächster Zeit hierselbst ein

Steueraufklärungs-Kursus

an Hand einer Spezialsteuerbuchführung statt.

Dauer des Kursus 5 Abende.

Dir. Kurt Flechsing.

Nach Vorlegung des Systems, sowie Referenzen anderer gewerblichen Organisationen, als auch des Syndikus Herrn Dr. Linnartz des Handwerker u. Gewerbeamts Lüdenscheid glauben wir einer Teilnahme an dem Kursus wohl empfehlen zu können.

Anmeldungen zur Teilnahme können innerhalb dieser Woche bei dem Schriftführer Herrn Welter, Ruf 337 erfolgen.

Vorstand der gewerbl. Mittelstandsvereinigung Halver.

Wie Seide glänzt...

Dein Haar und hat einen wunder-vollen Duft. Das verdanke ich Deinem guten Rat, nichts anderes als

Schaumpon mit dem schwarzen Kopf

zu verwenden. Schaumpon ist wirklich ideal in seiner Wirkung und denkbar einfach in der Anwendung, jedoch muß man

beim Einkauf darauf achten, daß man das richtige mit der Schutzmarke

Schwarzer Kopf erhält. Ein Päckchen kostet 20 Pfennig.



Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem

Trauerdrucksachen

fertigt schnellstens an der Verlag dieser Zeitung.

Henko

Henkel's
Wasch- und
Bleich-Soda

seit 50
Jahren
bewährtes
Mittel für
Wäsche und
Hausputz!

KIERSPE.

Feuerlöschvorführung

mit Perkeo Schaumlöschgeräten.

Freitag den 12. d. M. abds. gegen 8 Uhr

auf dem Spielplatz zu Kierspe-Bahnhof.

General-Vertreter der Perkeo A.-G. für Schaum-

feuerlöschwesen für den Kreis Altena:

R. Adamy, Lüdenscheid, Humboldtstraße 8.



Geben

Herde u.
Oefen

ab Lager Kierspe zu
Fabrikpreisen ab.

Otto Haase & Co.

Kierspe, Telef. 181

Amt Meinerzhagen.

Jüngerer

Baker

für sofort gesucht.

Metallwarenfabrik

P. W. Saurand

Halver i. W.

Jüngerer

Werkzeug-

schlosser

für sofort oder in 14 Tagen

gesucht.

Dresbach & Cie.,

Halver.

Westf. Bauernverein Kierspe.

Am Sonntag, 14. cr.

nachm. 3 Uhr, findet

im Hotel Cramer,

Kierspe-Bhf. eine

Verammlung

statt, in der Herr Dr.

Golte über die neuen

Steuergesetze mit beson-

derer Berücksichtigung der

neuen Grundbewertung

sprechen wird.

Zahlreiches Erscheinen

wird dringend empfohlen.

Freiwillige

Feuerwehr

Bommert.

Sonntag,

d. 14. Juni

morg. 7 Uhr

Übung

Trommler- u. Pfeifferchor

mit antreten

Das Komman?

Verkaufe sehr billig

2 Stk. Ia Gr. Silb. m.

je 3 Stk. 6 Bsch. a. Jg.

1 Hähn ohne Jg.

1 prima Zuckrammler.

Ernst Selter,

Kierspe-Bhf.

Tapeten

die neuesten Muster

zu billigsten Preisen

sind vorrätig bei

W. Bordfeld,

Schalksmühle

Rucksäcke,

Spazierstöcke

empfehl

Wilh. Bell jr.

Halver.